

Rede von Matthias Bärwolff

Folgerungen aus dem "Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland - Zwölfter Kinder- und Jugendbericht" für die Jugendhilfe in Thüringen

Zum Bericht der Landesregierung - Drucksache 4/2289 -

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wir haben den Antrag gestellt, heute über den 12. Kinder- und Jugendbericht bzw. über die Schlussfolgerungen der Kommission und die Folgerungen für die Thüringer Jugendhilfe zu debattieren.

Zunächst einige Hintergründe oder Bemerkungen zum 12. Kinder- und Jugendbericht, dieses relativ dicke und umfangreiche Papier ist ja im Oktober letzten Jahres dem Bundestag zur Kenntnis gegeben worden. Im Thüringer Ausführungsgesetz zum KJHG ist verankert, dass auch die Landesregierung dazu eine Stellungnahme abzugeben hat. Ich möchte dem Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit durchaus danken für die zügige Bearbeitung. Ich habe mir sagen lassen, dass das Erscheinungsdatum des Landesberichtes wirklich sehr frühzeitig war. Dafür meinen Dank.

Der Bundesbericht an sich ist auf großes Interesse in der Fachwelt gestoßen. Es gab auch in Thüringen einige Veranstaltungen z.B. mit dem Professor Dr. Rauschenbach, der ganz maßgeblich den Bericht mitgeprägt hat. Inhalt dieses Berichts ist die Bedeutung von Schule und Jugendhilfe für die Entwicklung von Kindern. Es gibt auch noch weitere Empfehlungen bzw. weitere Themen, die in diesem Bericht eine Rolle spielen. Da gibt es dann diverse Empfehlungen, die sind an die Politik gerichtet. Dazu hat der Jugendhilfeausschuss im Thüringer Landtag auch Stellung genommen. Aber später mehr.

Zunächst erst einmal aus unserer Sicht zur Entwicklung der Jugendhilfe in Thüringen. Klar ist, es gibt viele Angebote für Kinder und Jugendliche, aber - und dieses Aber muss man an dieser Stelle wirklich setzen und unterstreichen -, immer mehr Kinder in Thüringen leben in Armut, etwa ein Fünftel, in den großen Städten Erfurt, Jena und Gera etwa ein Drittel. Mit der Familienoffensive der Landesregierung hat sich die Situation der Kitas nicht verbessert. Im Gegenteil, mit der Kürzung des Personalschlüssels und anderer Rahmenbedingungen haben die Kitas ihre bundesweit sehr hohen Standards verloren.

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU: Das ist doch gar nicht wahr!)

Mit der sogenannten Familienoffensive haben Sie den Kindern in diesem Land keinen Gefallen getan. Aber darauf werden meine Fraktionskolleginnen noch eingehen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Immer noch haben viele Jugendliche keinen Ausbildungsplatz, trotz des Berichts, den der Minister heute früh hier abgeliefert hat. Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen, die teilweise sogar noch nicht einmal einen Schulabschluss haben, ist unverändert hoch. Das allein ist Skandal genug. Die Frage für uns, als PDS: Welche Folgen hat nun diese beschriebene Armut? Flächendeckende Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen, das macht einen Teufelskreis auf. An dieser Stelle möchte ich gerne Ihren Ex-Sozialminister Heiner Geißler zitieren, Frau Präsidentin, mit Ihrer Erlaubnis: "Die schlimmste Folge ist, dass sich die Armut von selbst ständig vermehrt. Es werden immer mehr Leute in die Armut hineingeboren und befinden sich damit von Anfang an in einer Diskriminierungssituation. Sie erleben die

Ausgrenzung schon in der Schule. Das Analphabetentum wird zunehmen, die Kriminalität steigen. Es droht ein schleichender Verfall unserer Gesellschaft, eine Entwicklung, wie wir sie aus Amerika kennen." Diese Zeilen von Heiner Geißler kann ich durchaus teilen, denn der Teufelskreis von Benachteiligung hat Folgen, schlechtere Gesundheit, schlechtere Ausgangspunkte für Bildungswege und damit der Einstieg in eine nachhaltige Ausgrenzung. Denn schlechte Bildungswege ziehen eindeutig niedrige Qualifikation nach sich und das wiederum bedeutet schlechte Chancen auf dem Ausbildungsmarkt bzw. auf dem Arbeitsmarkt. Wenn junge Menschen dann demotiviert sind, ist das kein Wunder. Ihnen fehlen einfach die Perspektiven; sie wissen nicht was kommt - das aber ist für sie wichtig.

Was aber sagt denn der Landesbericht der Regierung zu alledem? Zunächst muss man einmal klarstellen, dass Grundanliegen dieses Kinder- und Jugendberichts ist es, eine Analyse der umfassenden Benachteiligung von Kindern darzulegen und vor allem Ursachen und Strategien aufzuzeigen. Am Ende - das hatte ich bereits gesagt - hat die Kommission dem Gesetzgeber, also der Politik, einige Hausaufgaben aufgegeben und die Empfehlungen sollten von der Landesregierung durchaus auch berücksichtigt werden. Ein Beispiel dazu: Im Kapitel 7 des Bundesberichts wird angesprochen, dass Bildung, Betreuung für Kinder und Jugendliche gänzlich kostenfrei zu sein hat. In der Drucksache der Landesregierung wird dazu auf Seite 2 relativ frech dargestellt - das kann ich Ihnen noch einmal zitieren. Erst noch einmal im Bundesbericht: "Bildung, Betreuung, Erziehung müssen allen Kindern aller Altersstufen zugänglich sein." Das ist die Kernbotschaft des Berichts. Die Landesregierung äußert sich hierzu: "Zusammenfassend ist festzustellen, dass der Freistaat Thüringen durch diese Empfehlungen in seiner bisherigen Politik für Familien, Kinder und Jugendliche grundsätzlich bestätigt wird." Na, herzlichen Glückwunsch! Das ist der Kern sozusagen Ihres Landesberichts. Sie nehmen die Empfehlungen des Bundesjugendberichts, die durchaus greifbar sind, die durchaus fortschrittlich sind und benutzen sie sozusagen, um Ihre Heim- und Herdideologie, die Sie auch mit der Familienoffensive hier vorangebracht haben, zu untermauern. Zumindest für die PDS-Fraktion kann ich sagen, wir möchten das so nicht teilen!

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Für uns steht fest, Kinder brauchen zuallererst Kinder und keine Herdprämie für Muttis.

(Zwischenruf Abg. Schröter, CDU: Das ist eine Unverschämtheit nach wie vor.)

Das wird ja dadurch nicht besser, dass wir es hier schon hatten. Im Bundesbericht steht zum Beispiel geschrieben, dass wir kostenlose Kitas brauchen. Kinder müssen einen Zugang zu diesen Bildungseinrichtungen haben, unabhängig vom finanziellen Hintergrund der Eltern bzw. unabhängig von dem, was die Kommunen zur Verfügung stellen können. Wir haben in Thüringen bislang ein umfassendes System gehabt. Über den Kindergarten kann man zum Beispiel auch die Eltern erreichen, zumal, wenn wir über Frühwarnsysteme debattieren.

(Zwischenruf Dr. Zeh, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit: Die Kinderzahlen in den Kita's sind doch angestiegen, Herr Bärwolff.)

Hier im Kindergarten kann man wesentlich besser mit Eltern zusammenarbeiten und - das wieder an die Adresse der Landesregierung - wesentlich besser, als mit einer Elternakademie. Denn im Kindergarten kann mit Eltern arbeiten, man kann ihnen Tipps zur Erziehung geben, das wird zunehmend schwieriger. Eine weitere Begleiterscheinung der Familienoffensive, die ihre Lobpreisung im Bericht der Landesregierung findet, sind die sogenannten lokalen

Bündnisse für Familie. In einigen Kreisen gibt es sie, in Erfurt beispielsweise noch nicht. Denn kurz vor dem Gründungstermin wurde ich wieder ausgeladen, der Termin wurde abgesagt, aus Mangel an Teilnahme, wie es offiziell hieß. Doch das muss man sagen, meinem Eindruck nach sind die lokalen Bündnisse für Familie nur eine Alibiveranstaltung, um Ihrem Streben weiter Vorschub zu leisten.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Welchem, Herr Bärwolff?)

Ihre Harmonieideologie, die Sie hier permanent mit vertreiben. Das sage ich Ihnen, das wollen Sie damit machen. Sie reden hier permanent von Familien und kürzen die Kohle für die Jugendlichen, na herzlichen Glückwunsch, da haben wir ja was gekonnt.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Das ist Dummnöhl.)

Ach, das, was Sie heute früh zu den Ausbildungszahlen gesagt haben, ist auch nicht besser.

(Heiterkeit bei der Linkspartei.PDS)

Ein weiterer Aspekt, der im Bericht zwar nicht direkt angesprochen wird, aber dennoch eine Erwähnung wert ist, ist der der Kinderarmut. Das Wort Kinderarmut fällt zwar im Bericht nicht ein einziges Mal, aber gerade in der Diskussion um Unterschichten, um Prekariat, um Abgehängte sollte man darauf eingehen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Armut, und das steht fest, steht immer in Verbindung mit Benachteiligung, mit Ausgrenzung und Armut verringert Chancen. Arme Kinder haben tendenziell schlechtere Ausgangspositionen als Kinder aus finanziell sicheren Elternhäusern. Arme Kinder haben auch eine geringere Chance auf Bildung. Aber, und das will ich Ihnen ganz deutlich sagen, es geht nicht um eine Chance auf Bildung, nein, an dieser Stelle geht es um Rechte. Es gibt ein Recht auf Bildung und es gibt ein Recht auf eine Kindheit in Würde.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Wer von Chancen spricht, der ist bereit, sich auf die unwürdige Wettbewerbslogik der Neoliberalen einzulassen. Denn Chancen bedeuten Wettbewerb und Wettbewerb produziert bekanntlich Gewinner und Verlierer, doch mit diesen Verlierern kann und will ich mich nicht ...

(Zwischenruf aus dem Hause)

Nein, Wettbewerb produziert Gewinner und Verlierer, sonst bräuchten wir keinen Wettbewerb und Wettbewerb produziert Verlierer und das kann ich für mich nicht akzeptieren. Ich möchte nicht, dass es Verlierer gibt.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Es geht nicht um Chancen, nein, es geht um Menschen, die ein Recht haben, in Würde zu leben und nicht in Armut.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Die Landesregierung ist indes nicht in der Lage und wohl auch nicht willens, diesem Problem auf den Grund zu gehen und Abhilfe zu schaffen. Anders kann man die Lobgesänge auf das Thüringer Bildungssystem im Bericht nicht verstehen. Dazu wird aber, denke ich, die Kollegin Skibbe noch Ausführungen machen. Im Bildungsbericht oder in Ihrem Kinder- und Jugendbericht wird permanent zum Beispiel auf das gute Thüringer Schulsystem abgehoben. PISA hat allerdings gezeigt, dass gerade das Schulsystem vorwiegend nach sozialen Gesichtspunkten selektiert und nicht - wie immer behauptet - nach Leistungen. Wie sonst ist der hohe Anteil von Förderschülern in Thüringen zu erklären. Sind Thüringer Schüler tendenziell dümmer als andere Schüler? Nein, das kann ich jedenfalls für mich nicht so behaupten. Eine weitere Schizophrenie, die sozusagen Ihrer Politik innewohnt, Sie reden von sozialer Selektion und der Herr Schwäblein hat es ja auch schon versichert, Sie akzeptieren, dass es sie gibt. Um diese soziale Selektion zu verhindern, spielen Sie zum Beispiel im Bereich der Hochschule mit dem Gedanken, neue Studiengebühren einzuführen. Also das ist so ein Widerspruch, wo ich mich frage, wie passt das zusammen? Sie reden von sozialer Selektion, allen ist klar, dass wir diese abbauen müssen und Sie sorgen für vielmehr Gebühren, für vielmehr finanzielle Hürden im Bildungssystem und damit sorgen Sie auch sozusagen dafür, dass die Möglichkeiten, Bildung wahrzunehmen, daran teilzuhaben, zu partizipieren immer geringer werden. Da, das will ich Ihnen ganz klar sagen, sind wir durchaus dagegen und das findet unsere Zustimmung nicht, deshalb auch der massive Protest gegen das Hochschulgesetz, denn nicht umsonst heißt es "Wehret den Anfängen". Hier liegen die Anfänge, also müssen wir hier dagegen vorgehen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Im Übrigen, und das ist ein weiterer Aspekt im Bericht, wir müssen dazu übergehen, ein Umdenken in der Politik mit Kindern voranzutreiben. Bislang werden Kinder immer nur als halbe Erwachsene dargestellt. Kinder, zum Beispiel bei den Berechnungen zum Hartz-Regelsatz, sind zwei Drittel vom Erwachsenen - Kinder sind halbe Erwachsene. Ich allerdings fordere Sie dazu auf, auch die Landesregierung, über eine eigenständige Kinderpolitik nachzudenken, eine Politik, die die Kinder in den Mittelpunkt stellt, die Kinder mit ihren eigenen Bedürfnissen und Bedarfen, eine Kinderpolitik, die sozusagen die Kinder betrachtet, unabhängig vom finanziellen und familiären Hintergrund,

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

denn nur so ist zu gewährleisten, dass einer Gesellschaft, einem Staat alle Kinder gleichviel wert sind. Ich will Ihnen das durchaus auch an einem Beispiel klarmachen, wie es nämlich nicht läuft, beispielsweise der Kinderfreibetrag, der wird über die Steuererklärung sozusagen geltend gemacht. Hartz-IV-Empfänger machen keine Steuererklärung - wo sollen sie diesen Kinderfreibetrag geltend machen? Im Gegenteil, ihnen wird das Kindergeld noch als Einkommen bei Hartz IV angerechnet. Für mich jedenfalls und auch für unsere Fraktion ist es eine zum Himmel schreiende Ungerechtigkeit - so geht es nicht.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Und auch das Elterngeld von Frau von der Leyen hilft da nur wenig weiter, denn das erklärte Ziel des Elterngeldes war es und ist es und das halte ich für wirklich hochgradig bedenklich, gerade Akademiker zu motivieren, Kinder zu bekommen, als ob Kinder aus sozial schwierigen Verhältnissen, als ob Kinder von Arbeitslosen weniger wert wären.

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU: So ein Quatsch!)

Das ist doch aber genau so. Während Kinder von gut Verdienenden 1.800 € bekommen, bekommen die von weniger gut Verdienenden einen Sockelbetrag von 300 €. Können Sie mir mal da erzählen, wo die Gerechtigkeit ist?

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Wir als Gesellschaft haben die Verpflichtung, jedem Kind seine Rechte zu gewähren, jedes Kind gleich zu fördern, unabhängig eben vom Familieneinkommen und unabhängig von ...

(Zwischenruf Dr. Zeh, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit: Das genau machen wir in Thüringen, Herr Bärwolff.)

Na, da habe ich aber Zweifel.

(Zwischenruf Dr. Zeh, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit: Unabhängig vom Einkommen zahlen wir ein Erziehungsgeld.)

Super.

Wir wollen die Beteiligungsschwellen für Eltern z.B. einer Kita senken. Wir wollen eine eigene Politik für Kinder. Die PDS-Fraktion im Bundestag hat dafür ein Projekt, nämlich die Kindergrundsicherung, vorgelegt. Die Kindergrundsicherung soll eben Kinder unabhängig vom familiären Hintergrund betrachten, sie soll eine finanzielle Leistung an Familien sein, die aber nicht an das Familieneinkommen sozusagen gekoppelt ist. Der Jugendhilfeausschuss im Landtag wird sich mit diesem Thema auch noch beschäftigen. Diese Kindergrundsicherung, das hat mir beispielsweise auch der Landesjugendring bereits versichert - da gab es schon Gespräche -, ist da durchaus auch auf Interesse gestoßen. Ich denke, auch hier im Landtag werden wir demnächst einen Antrag einbringen, wo wir eine Bundesratsinitiative von der Landesregierung erwarten, um diese Kindergrundsicherung zu etablieren, denn das ist wirklich, das sagen ja auch die Wissenschaftler, reden Sie mit denen. Sie haben doch immer so viele Wissenschaftler in petto, reden Sie mit den Fachleuten, mit Prof. Lutz, mit Prof. Mertens von der Uni Jena, alle sagen Ihnen das Gleiche: Wir müssen anfangen, Kinder unabhängig von der Familie zu betrachten. Das heißt nicht, dass wir die Familie als kleine gesellschaftliche Zelle außer Acht lassen, aber man muss eben anfangen, Kinder als Kinder auch zu begreifen.

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU)

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Herr Emde, auch die CDU-Fraktion hatte eine Einladung zur Fachtagung "Kinderarmut" am 15. September 2006. Ich habe von der CDU-Fraktion leider keinen gesehen. Die Fraktion stand allen offen, sie war kostenlos, hat nichts gekostet, es gab sogar noch etwas zu essen, wäre also auch eine Anreizschwelle für Sie dabei gewesen -

(Heiterkeit bei der Linkspartei.PDS)

Sie allerdings waren nicht dabei. Es gab sogar Fettbrote.

Trotzdem, es geht hier an dieser Stelle um Kinder und Jugendliche, und da ist noch ein Aspekt, auf den wir eingehen wollen, auf den auch der Kinder- und Jugendbericht der

Bundesregierung eingeht, und zwar ist das der Aspekt arbeitsloser Jugendlicher. Diese, und das zeigt sich auch relativ deutlich, arbeitslosen Jugendlichen haben bereits einen Teufelskreis einer Ausgrenzung, einer Benachteiligung nach sich gezogen oder sind Teil dieses Teufelskreises. Hier zeigt sich immer wieder, dass die jungen Menschen, die im Hartz IV landen, dass die jungen Menschen mit den schwierigen Benachteiligungen, dass ihnen geholfen werden muss, dass sie bereits durch die Sozialraster oder durch die Hilferaster z.B. in der Grundschule, in den Regelschulen durchgefallen sind. Hier allerdings muss sich die Jugendhilfe die Schuhe anziehen und mit den Instrumenten der Jugendhilfe diese Jugendlichen wieder fit machen.

Leider Gottes hat die Abschaffung des § 19 Abs. 1 im Ausführungsgesetz zum KJHG dort Wege verbaut, nämlich - das wissen Sie vielleicht nicht so genau, aber es findet trotzdem statt -, die Jugendberufshilfe war für die Kommunen eine Pflichtleistung. Auf Drängen des Landkreistags haben Sie diese Pflichtleistung für die Kommunen abgebaut. In der Drucksache 4/2323 vom Innenministerium wird ja voller Stolz über den Abbau kommunalbelastender Standards gesprochen. Ja, das ist traurig, dass Sie voller Stolz davon sprechen, dass die Pflichtaufgabe Jugendberufshilfe für die Kommunen abgeschafft wurde. Herzlichen Glückwunsch! Wissen Sie, was Sie jetzt für ein Problem haben, jetzt haben sie haufenweise Jugendliche, denen Sie so nicht mehr helfen können, die Sie durch das Sozialsystem durchschleifen. Ich weiß nicht, was Sie für einen humanistischen Anspruch haben, aber ich habe jedenfalls einen. Ich weiß, was Humanismus ist, das kann ich Ihnen zeigen.

(Heiterkeit bei der CDU)

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Das haben wir ja am 09.11. gesehen, was Sie unter Humanismus verstehen!)

Das ist direkte Demokratie, Herr Seela.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Pelke:

Ich darf um Ruhe bitten, der Abgeordnete Bärwolff hat das Wort. Sie können sich dann gerne zu Wort melden und bitte darum - das gehört auch zum Anspruch des Hauses -, den Redner ausreden zu lassen und sich danach zu melden. Herr Bärwolff, fahren Sie bitte fort.

Abgeordneter Bärwolff, Die Linkspartei.PDS:

Danke schön. Das Problem, was sich mit der Jugendberufshilfe einfach ergibt, ist folgendes: Wir haben eine ganze Reihe Jugendlicher, die die Instrumente der Jugendhilfe dringend nötig haben, denen man wirklich helfen muss, die große Defizite haben in der Sozialisation. Wie gesagt, ich hatte das hier beim letzten Mal schon angesprochen, es geht meist los beim pünktlichen Aufstehen. Ich habe damit auch Probleme, gebe ich zu, aber die Jugendlichen, um die es geht, die benachteiligten Jugendlichen, haben teilweise Probleme mit Drogen, mit Schulden usw., die haben relativ häufig keine Schulausbildung. Was machen Sie, wenn Sie jetzt die Jugendberufshilfe als kommunale Pflichtaufgabe abschaffen? Dann passiert Folgendes: In Erfurt wird das kommunale Jugendbildungswerk umstrukturiert und es gibt keinen mehr, der sich um diese Jugendlichen kümmert. Ich habe keine Lust, und ich denke auch, eine Gesellschaft sollte die Verantwortung haben, sich um diese Jugendlichen zu kümmern, sie auch in den Hintern zu treten - da habe ich überhaupt nichts dagegen -, aber das

kann nicht alles sein, sondern man muss ihnen Angebote machen, man muss sie anreizen, man muss ihnen positive Perspektiven eröffnen, damit sie sich beteiligen, damit sie ihre Defizite überwinden können.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Denn es kostet die Gesellschaft wesentlich mehr, und das meine ich jetzt nicht nur volkswirtschaftlich, dass sie mehr kosten im Sinne von Geld. Nein, es ist auch ein Armutszeugnis für eine Gesellschaft, wenn sie 25 Prozent der jungen Leute einfach vergisst und auf die lange Bank schiebt. Für mich jedenfalls hat das ziemlich viel mit Zynismus zu tun und wenig mit humanistischer Geisteshaltung einer Gesellschaft.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Herr Althaus ist gerade nicht da, aber ich denke, das sollte man an dieser Stelle auch ansprechen: Diese Jugendlichen dann mit einem Bürgergeld abzuspeisen und zu sagen, ihr kriegt 800 €, wir prüfen euern Bedarf nicht, aber hr kriegt die einfach erst mal - das halte ich für eine denkbar ungünstige Lösung. Klar, das Bürgergeld hat große Anreize, das hat gute positive Ansätze, das gebe ich gern zu, und der durchschnittliche Jugendliche wird sich von 800 € bzw. 600 € auch nicht verschrecken lassen. Aber damit den Arbeitsmarkt zu bereinigen, gerade diese benachteiligten Jugendlichen vom Arbeitsmarkt zu nehmen und sie sich selber zu überlassen, das halte ich für relativ schwierig. Mit dem Bürgergeld des Dieter Althaus versuchen Sie - so meine Interpretation, so habe ich das Projekt gelesen -, hinterrücks den Sozialstaat abzuschaffen. Das ist eine Haltung.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

(Zwischenruf Abg. Panse, CDU: Sie haben das nicht verstanden.)

Ich habe das gelesen und verstanden. Sie können ja nicht in meinen Kopf reingucken, Herr Panse, zum Glück. Herr Panse, wenn Sie sagen, man kriegt 800 € Bürgergeld und bezahlt 200 € für Versicherung als Pauschalleistung und alles andere fällt weg, wo ist da noch der Sozialstaat?

Das, was die PDS vorgeschlagen hat, das will ich Ihnen ganz klar sagen, das ist auch ein Modell einer bedarfsorientierten Grundsicherung, dann noch einer bedarfsorientierten Kindergrundsicherung für die Kinder an sich, und das natürlich gekoppelt mit der solidarischen Bürgerversicherung.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Denn Sozialstaat muss ein und Solidarität muss auch sein. Ich möchte nicht auf Solidarität verzichten und diejenigen, die in diesem Land viel verdienen, die können auch viele Steuern bezahlen, das jedenfalls denke ich.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Ich bezahle viele Steuern, das ist auch richtig so, und ich habe da auch gar kein schlechtes Gewissen, sondern ich tue das sogar sehr gern, das sage ich Ihnen ganz deutlich. Denn ich bekomme dafür ja auch eine Leistung, ich bekomme einen Sozialstaat, ich bekomme ein

soziales System und ich denke, das ist auch für diejenigen, die in dieser Gesellschaft die so genannten Leistungsträger sind, durchaus etwas, wo sie auch Vorteile haben.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Das weitere Problem des Bürgergelds des Dieter Althaus, das ist wirklich ein ganz Interessantes, und zwar ist es die Lohnarbeitszentriertheit. Ihr Bürgergeld geht immer noch von Lohnarbeit aus. Die großen Zwänge, die wir ja haben, werden durch das Bürgergeld nicht gelöst. Ein soziales Thema auf Lohnarbeit basieren zu lassen, ist in dieser Gesellschaft mit der permanenten Automatisierung usw. - denke ich jedenfalls - nicht besonders zukunftsweisend. Die bedarfsorientierte Grundsicherung, die die PDS vorstellt, die ist einkommenszentriert, die beteiligt nicht nur diejenigen, die abgänglich beschäftigt sind, nein, sie beteiligt auch diejenigen, die durch Zins und Zinseszins, durch Spekulation, durch Erbschaft und was weiß ich nicht womit, Einkommen erzielen. Das entspricht mehr meinem Gefühl von Gerechtigkeit.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Aber, wir kommen vom Thema ab, merke ich, es ging ja um die benachteiligten Jugendlichen. Ich möchte Sie nur daran erinnern: Faulenzerdebatten, wie sie ja auch gern von Ihrer Seite geführt werden, Faulenzerdebatten auf Bildzeitungsniveau halte ich für äußerst ungünstig. Es geht nicht darum, dass Jugendliche nicht arbeiten wollen. Es gibt auch welche, die arbeiten wollen, aber es gibt auch Politiker, die Diäten einstreichen und sich trotzdem kein Bein ausreißen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Statt mehr Druck auf diese jungen Menschen auszuüben und ihnen permanent die finanziellen Mittel zu streichen, sollten wir diese Leute fit machen, fit für den Beruf, fit für die Arbeitswelt. Dazu diente einst die kommunale Pflichtleistung "Jugendberufshilfe". Ich weiß nämlich nicht, Herr Gasser, was Sie einem jungen Menschen sagen wollen, der zum dritten Mal in einer Maßnahme ist, die lautet: Wie bewerbe ich mich richtig? Was wollen Sie einem jungen Menschen sagen, der immer noch eine Berufsausbildung hat, 25 Jahre ist und der sein Leben bislang mit Aushilfsjobs über die Runden gebracht hat? Ihm wird der Weg zu diesen Maßnahmen der Jugendberufshilfe erschwert, denn nur noch die Kommunen, die das wirklich für sich als prioritär, als wichtig anerkennen, leisten diese Arbeit. Und, weil wir ja auch immer mal einige Kommunen hier loben wollen: Da ist zum Beispiel die Kommune Jena, die machen richtig fitte Angebote. Die haben zum Beispiel mit dem Jugendamt und ihrem Amt für Grundsicherung eine aufsuchende Arbeit geleistet. Das sind durchaus positive Dinge. Aber, ich denke, die Kommunen, wo das eben nicht mehr stattfindet, denen muss man auch Druck machen. Sie haben mit Ihren kommunalbelastenden Standards, die Sie abgeschafft haben, diese Chance genommen. Für die Kommunen mag das vielleicht gut sein aufgrund irgendwelcher Haushaltsbilanzen. Für die jungen Menschen, die es betrifft, ist es äußerst kontraproduktiv, das will ich an dieser Stelle sagen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Denn - und da zeigt sich auch, wie kurzsichtig Ihre Politik ist - es gibt einen prognostizierten Fachkräftemangel ab 2010, 2012, 2015, in einigen Branchen schon jetzt. Wir haben 50.000 Jugendliche, die niedrig qualifiziert sind, die teilweise keinen Schulabschluss haben. Diese jungen Leute muss man jetzt und hier und heute fit machen für den Beruf, denn - vielleicht ist

Ihnen das schon aufgefallen - diejenigen Leute, die qualifiziert sind, die ein Abitur haben, die studiert haben, die sehen zu, dass sie Land gewinnen, die sehen zu - das kann man ihnen gar nicht verübeln, ich würde auch nur hierbleiben, wenn ich hier eine Zukunft habe -, die gehen in die alten Bundesländer, die gehen nach Baden-Württemberg, die gehen nach Hamburg, die gehen nach Bayern. Das, was wir dafür bekommen, sind Aufbau-Ost-Mittel, und der Rest - und das sage ich an dieser Stelle ganz deutlich - bleibt hier. Aber ich möchte diese Menschen nicht als den Rest bezeichnen müssen,

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

sondern diese Menschen haben doch genauso ein Recht auf eine würdige Existenz im Hier und Heute und eben in der Zukunft. Ich möchte nicht, dass unser schönes Thüringen - wie Sie es immer so schön bezeichnen - mit den schön sanierten Städten und Dörfern - das hatten wir ja gerade - zu einem riesengroßen Altersheim verkommt. Das muss ich an dieser Stelle so deutlich sagen. Zu dieser Problematik Fachkräfte hat ja auch schon Frau Hennig heute Morgen gesprochen. Im Übrigen spricht es Bände, dass Sie den Antrag der PDS-Fraktion zu einer Fachkräfteanalyse branchenspezifisch, kreisspezifisch usw. abgelehnt haben. Ich war vor zwei Wochen in Altenburg und konnte dort mit Leuten sprechen - oder vor drei Wochen, Herr Gumprecht war, glaube ich, auch da -, da kam heraus, dass die Wirtschaft genau so eine Analyse braucht. Die Wirtschaft will wissen, wo sind Fachkräfte, wo sind Potenziale und wo sind Defizite, aber gut.

Ein weiterer Punkt im Bundesbericht bzw. auch im Landesbericht ist die Jugendarbeit. Die Jugendarbeit ist, gerade was die Landesregierung betrifft, ein rotes Tuch, scheint mir, denn permanent werden ja hier die Mittel gestrichen. Eigentlich - so der Tenor im Bundesjugendbericht - sollte eine engere Zusammenarbeit gerade von Schule und Jugendhilfe stattfinden, aber mit der Richtlinie örtliche Jugendförderung, die zwar dieses Anliegen durchaus teilt, haben Sie genau das Gegenteil erreicht. Da nützt es nichts, Herr Zeh, wenn Sie dann aufführen, dass Sie seit 1998 91 Mio. € in die Jugendarbeit investiert haben. Das klingt gut, seit 1998 91 Mio., aber Sie haben vergessen zu erwähnen, dass Sie allein im letzten Haushalt 6 Mio. € gestrichen haben, dass sie die Mittel von 15 Mio. € für Schuljugendarbeit, Jugendpauschale und andere, erzieherischer Kinder- und Jugendschutz usw., auf 9 Mio. € zusammengestrichen haben und hier,

(Zwischenruf Dr. Zeh, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit: Aber nicht im letzten Jahr.)

Sie haben die Mittel zusammengefasst, gut, dann sind zwei Jahre dazwischen. Das macht die Sache aber nicht besser,

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

denn die Träger, die davon betroffen sind, wissen nämlich nicht mehr ein noch aus. Die Kommunen, die davon betroffen sind, die Kommunen, die in den Jugendhilfeausschüssen die Jugendförderpläne weiterschreiben müssen, wissen nicht, wie sie z.B. die Schulsozialarbeit finanzieren sollen. Dazu hat ja gestern früh der Antrag der PDS-Fraktion gedient, der leider nicht auf die Tagesordnung gekommen ist. Denn das ist wirklich ein riesengroßes Problem. Sie sprechen hier in Ihrem Bericht davon, dass man viel mehr Schul- und Jugendhilfe miteinander verbinden muss. Da bin ich durchaus dafür, keine Frage. Aber Sie geben selber zu - ich darf zitieren auf Seite 43 des Landesberichts, Frau Präsidentin: "Im Ergebnis einer aktuellen Umfrage zur Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe bei den örtlichen

Trägern der öffentlichen Jugendhilfe wird allerdings deutlich, dass es bisher kaum verbindlich fixierte Vereinbarungen zwischen Jugendhilfe und Schule gibt. Ja, toll, kein Wunder.

(Zwischenruf Dr. Zeh, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit: Das ist doch nur ehrlich.)

Ich freue mich, dass Sie ehrlich sind, das steht auch hier in meinem Manuskript; so viel Ehrlichkeit traut man Ihnen gar nicht zu. Aber ich freue mich ja, dass Sie ehrlich sind, nur, das will Ihnen an dieser Stelle ganz klar sagen, eine Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe zu initiieren, ist durchaus positiv, aber Sie können ihr nicht permanent die Mittel streichen, dass diese Zusammenarbeit nur darin endet, dass man sich gegenseitig sozusagen die Augen aussticht und die Schule gegen die Jugendhilfe ausspielt, denn wir müssen schauen und in ganz vielen Kommunen, in ganz vielen Jugendhilfeausschüssen ist es Thema, was leisten wir uns. Machen wir die Angebote der offenen Jugendhilfe? Machen wir Angebote der Schulsozialarbeit? Wenn wir Schulsozialarbeiter wollen, welche Jugendhäuser schließen wir? Das ist eine Zusammenarbeit, die wir aus unserer Sicht jedenfalls für äußerst kontraproduktiv halten.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Eine Zusammenarbeit sollte tatsächlich von unten erwachsen. Eine Zusammenarbeit sollte eine freiwillige Kooperation voraussetzen. Das, was bislang passiert, ist, wie gesagt, ein gegenseitiges Mittelstreichen, und die Entscheidung, Jugendhaus schließen oder Sozialarbeiter an Grundschule oder Sozialarbeiter an berufsbildenden Schulen zu streichen, das ist eine Diskussion, die wir nicht führen wollen. Wir wollen keine Entweder-oder-Diskussion, wir wollen eine und vor allem wir brauchen eine Sowohl-als-auch-Diskussion. Wir brauchen sowohl die offene Jugendarbeit als auch die Schulsozialarbeit, und zwar nicht nur an den Berufsschulen - jetzt kann ich auch das sagen, was ich gestern früh nicht sagen konnte -, wir brauchen nämlich die Schulsozialarbeit nicht nur an den Berufsschulen, wir brauchen sie vor allem auch an den Regelschulen, an den allgemeinbildenden Schulen. Denn die jungen Menschen, die jetzt an den Berufsschulen sind, wo ja die ganz großen Probleme sind, die waren vorher in der Regelschule. Wenn wir die Möglichkeit hätten, mit Schulsozialarbeit beispielsweise in der Regelschule schon diverse Probleme auch zu bekämpfen, dann hätte man in den Berufsschulen weniger zu tun und könnte einige Probleme schon im Vorhinein lösen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Aber, Herr Minister, das, was zum Beispiel zum Thema Jugendarbeit ganz zentral ist, das ist die Frage Landesjugendförderplan. Der ist ausschließlich in Ihrer Verantwortung. Aufgrund des Drängens der Oppositionsfraktionen, also auch von Frau Ehrlich-Strathausen und mir, gab es im Jugendhilfeausschuss eine Auswertung des Landesjugendförderplanes 2003 bis 2006. Ich freue mich ja erst einmal, dass die Landesregierung dazu in der Lage war, dass sie das gemacht hat, das ist durchaus positiv, das Problem ist nur das, was bei dieser Auswertung herauskam. Bei dieser Auswertung kam heraus, dass die Landesregierung nicht einmal in der Lage ist, die Hälfte der Vorgaben von der Fachlichkeit, die Hälfte der Vorgaben des Landesjugendförderplans wirklich umzusetzen und ganz massiv, das haben Sie ja sicherlich auch zur Kenntnis genommen, jedenfalls hoffe ich das für Sie, dass die Träger, die im Jugendhilfeausschuss sind, sich ganz massiv gegen die Kürzungen ausgesprochen haben. Dass selbst diejenigen von den kommunalen Spitzenverbänden zugeben mussten, ja, das, was die Landesregierung hier macht, das ist wirklich unzureichend. Sie haben beispielsweise die

Maßnahmeförderung für die Jugendverbände 2003 mit 464.000 € unterstützt, im Jahre 2004 gerade einmal mit 300.000 €. Da zeigt sich wirklich welche Priorität die Landesregierung der Jugendarbeit beimisst. Für uns jedenfalls ist das nicht tragbar.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Sie mögen das zwar immer damit begründen, dass es weniger Jugendliche gibt. Diese weniger Jugendlichen auch weniger Geld in Anspruch nehmen müssten, aber, und das sage ich an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich, es gibt zwar weniger Jugendliche, klar, aber die Probleme, vor denen die Jugendlichen heute stehen, werden immer größer. Auch vor dem Hintergrund einer zunehmenden Armut sind hier mehr Mittel erforderlich. Mehr Mittel als 2006 und auch der neue Landesförderplan, der am 18. September 2006 in Landesjugendhilfeausschuss beschlossen wurde, klagt diese Mittel ein. Dieser Landesjugendförderplan, der wirklich auch heiß diskutiert wurde, auch von uns, der macht eben diese Bedarfe und Defizite der Landesregierung deutlich. Der Landesjugendförderplan und das ist die Chance für Sie, Herr Minister, uns zu beweisen, welche Priorität wirklich auch die Jugendarbeit für Sie hat. Denn das muss man hier auch noch einmal ganz klar herausstellen, es drängt sich schon ein wenig der Eindruck auf, dass die Jugendarbeit, dass die Jugendhilfe für die Landesregierung nur eine Sparbüchse ist. Wir hoffen, dass sie die Forderung des Landesjugendhilfeausschusses als fachlichen Ausschuss Ernst nehmen und wir hoffen ganz ehrlich, dass sie ihre Leistungen, die sie in der Jugendarbeit gewähren, dass sie die auf den Prüfstand stellen. Und Prüfstand meint nicht, nach finanziellen Gesichtspunkten zu erwägen, sondern Prüfstand meint ausschließlich nach dem realen Bedarf zu gehen. Nicht zu schauen, wo können wir Geld streichen, wo können wir Geld kürzen, sondern zu schauen, wo ist ein massiver Bedarf da, wo müssen wir Probleme angehen und nicht immer nur bei der Jugendhilfe den Rotstift anzusetzen. Das wäre mein Wunsch für die Zukunft.

Ansonsten möchte ich Ihnen noch einmal danken, dass Sie den Landesjugendbericht so zügig vorgelegt haben, aus meiner Sicht oder aus Sicht der PDS-Fraktion ein durchwachsender Bericht. Wir fordern Sie auf, Ihre Prioritäten in der Jugendpolitik wirklich deutlich zu machen. Die Jugendhilfe nicht nur als Sparbüchse zu verwenden. Ansonsten möchte ich Ihnen danken. Ich würde Sie noch einmal auffordern, auch die Empfehlungen des Bundesjugendberichtes, die wirklich wichtig sind, die auch hinsichtlich der frühkindlichen Bildung, hinsichtlich des Kita-Systems dort getroffen wurden, auch ernst nehmen. Danke schön.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)